



Begeisterung oft geirrt? Sind nicht auch die Vorkämpfer der Arbeiterbewegung in manchen ihrer Anschauungen berichtigt worden?

Ganz gewiss ist es so. Ganz gewiss traf nicht alles bis auf den letzten Buchstaben zu, was in der ersten Hitze verkündigt wurde. Leicht werden die Distanzverhältnisse unrichtig abgeschätzt, leicht übersieht sich ein Teil der Schwierigkeiten im Anfange.

Aber diesen Nebendingen steht gegenüber die Hauptsache: der machtvolle Einfluss seelischer Aufrüttelung, der die Dinge in Fluss bringt und sie in fortwährender Bewegung erhält. An dem Tage, da dieses Element erstürbe, würde der grosse, sein Bett stetig erweiternde Strom im Sande verrinnen oder doch zu einem matten und seichten Flüssen werden.

Das aber wollen wir nicht. Und es braucht uns auch keine Befürchtung ferner zu liegen als diese. Davon hat erst das letzte Maifest deutsche Kunde gegeben. Im unaufhörlichen Streben, ihre Erkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zu vertiefen und zu erweitern, in kluger Anwendung der richtunggebenden Grundsätze schon der Gegenwart die grösstmöglichen Zugeständnisse zu entreissen, hat die Arbeiterschaft nicht des begeisterten Zieles vergessen, zu welchem die unruh- und mühevollen Wege führen sollen.

Unser Pfingstevangelium ist kurz; es lautet: »Errettet Euch selbst aus geistiger und leiblicher Sklaverei!« Den alten Lehren der demütigen Geduld setzen wir das Wort vom gemeinsamen Kampf entgegen. Auf die Zerknirschtheit, die Missachtung und Geringschätzung des eigenen Selbst, entgegenen wir mit dem angeborenen Recht jedes Menschen. Die Hoffnungsgläubigkeit auf den Erlöser Tod beantworten wir, indem wir das thätige, erobernde Leben preisen. Und wo der bange, mutlose Zweifel die Seelen beherrscht, da weisen wir auf die Erfolge der Organisation und auf die mit uns schreitende Tendenz der wirtschaftlichen Verhältnisse hin.

Hunderttausende sind diesem Pfingstgeiste gewonnen und selber zu seinen Verkündigern geworden, Hunderttausende aber schliessen noch die Augen vor dem, das heute wie ein Brausen über die Erde geht und zur That, zur klar bewussten und begeisterten That am eigenen Erlöserwerke ruft. Hunderttausende noch schleichen mit gesenkter Stirn hinter den mottenzerfressenen Fahnen des Volksbetrugs her, in unbegreiflicher Thorheit von überall das Heil erwartend, nur nicht von sich selber! Sie sind wie die Kinder, die sich täglich schlagen lassen, um gleich darauf mit einer Zuckerbisse, mit einem süssen Wort wieder beruhigt zu werden.

Zu ihnen soll der Pfingstgeist mit feurigen Zungen sprechen; er soll sie aufrütteln und an ihre Pflicht gemahnen. Nicht nur die Pflicht gegen sich selber und ihre Familie, die Pflicht auch gegen die Arbeitsgenossen, welche unter steten Opfern und Mühen bessere Zustände erkämpfen, fordert gebieterisch ihre Mitarbeit. Denn die Vorteile, welche die Organisation erbringt, sie fallen auch ihnen direkt oder indirekt in den Schoss. —

Besondere Pfingsten sind in diesem Jahre. In die entlegensten Hütten wird gerade in diesen Feiertagen ein Hauch von dem gewaltigen sozialen Streite dringen, der unsere Zeit erfüllt. Die Anklagen kämpfender Kultur werden einen Widerhall in den entlegensten Winkeln erwecken. Die Aufrufe zur Selbstbesinnung und mutigen Gegenwehr gegenüber den bedrückenden Mächten mancherlei Art werden in ungezählten Strömen durch die Lande fluten. Von allen Tribünen wird der Weckruf der Befreiung dröhnen.

Denn in kurzem heisst es, an die Urne zu treten und seinem Urteil über das Vergangene, seinem Willen für die Gestaltung der Zukunft Ausdruck zu geben!

Mögen dann endlich auch die Letzten voll des neuen Geistes sein und in anderen, in kühneren Zungen sprechen als bisher!

## Gewerkschaftskongresse.

(Schluss.)

Die Handels- und Transportarbeiter tagten in Hamburg. Mitgliederstand und Kassenverhältnisse sind in den letzten zwei Jahren nicht so günstige wie in den Vorjahren, was auf die wirtschaftliche Krise zurückgeführt wird; der Verband hat gegenwärtig etwa 24300 Mitglieder. Am Bericht des Vorstandes wurden einige Aussetzungen gemacht, so zum Beispiel dass Verbandsgelder in Aktien der Berliner Strassenbahngesellschaft angelegt sind, auch die Thätigkeit einiger Gauleiter wurde kritisiert, sonst aber die Einsetzung von besoldeten Gauvorsitzenden als vorteilhaft für den Verband bezeichnet. Die Redaktion des Fachblattes gab wenig Anlass zu Aussetzungen. Beschlossen wurde, in Zukunft Annoncen nicht mehr ins Fachblatt aufzunehmen. Die Redaktion soll in Zukunft der Frauenfrage, soweit der Beruf in Betracht kommt, mehr Aufmerksamkeit widmen. Ferner soll eine Uebersicht über Vorkommnisse in andern Gewerkschaften gegeben werden. Das wöchentliche Erscheinen des Fachblattes wurde abgelehnt und bleibt es bei vierzehntägigem Erscheinen. Die Verlegung der Redaktion nach Leipzig wurde ebenfalls abgelehnt. In einem Referat über die Taktik bei Lohnbewegungen wurden gewisse Bestimmungen getroffen, die ein planmässiges Vorgehen und eine rechtzeitige Anmeldung ermöglichen sollen. In einer Resolution sprach man sich gegen die Errichtung paritätischer Nachweise aus. Beschlossen wurde, mit einer Petition an die Reichsbehörden heranzutreten, die die Schaffung bestimmter schutzgesetzlicher Bestimmungen verlangt. 1. Die Schaffung eines Normalarbeitstags von zehn Stunden. 2. Unterbrechung dieser Arbeitszeit durch regelmässige Pausen. 3. Schaffung von Schutzvorschriften, welche geeignet sind, Leben und Gesundheit der Berufsangehörigen zu sichern. 4. Erlass von Vorschriften, durch welche den Unternehmern die Pflicht auferlegt wird, für geeignete Aufenthalts- und Umkleideräumen Sorge zu tragen. 5. Erlass von Bestimmungen, durch welche für die in Kost und Logis stehenden Berufsangehörigen das Schlafen in Stallungen verboten wird. — Um diesen Forderungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen und allen ausserhalb des Zentralverbandes in lokalen Berufsvereinigungen etc. zusammengekommenen Berufsangehörigen die Möglichkeit einer Aussprache zu geben, beauftragt die Generalversammlung den Zentralvorstand, zur geeigneten Zeit einen Kongress aller im Transport- und Fuhrwerke beschäftigten Personen einzuberufen. — Beschlossen wurde ferner, die Regierung aufzufordern, Inspektoren zur Ueberwachung der Betriebe im Handels- und Transportgewerbe einzusetzen.

Die Verbandsbeamten, ausschliesslich der angestellten Einkassierer, erhalten Anfangsgehälter von 1800 Mk., die jährlich um 60 Mk. bis zur Höchstgrenze von 2400 Mk. steigen. Das Gehalt der Einkassierer beträgt jährlich 1650 bis 2250 Mk. Bevollmächtigte, Gaubevollmächtigte, Geschäftsführer und Redakteur erhalten jährlich je 150 Mk., der Verbandsvorsitzende 250 Mk. als besondere Vergütung, die Kassierer Mankogeld von 1/2 bis 1 pro Mille. — Die Beamten haben eine Kündigungsfrist von 3 Monaten, sie erhalten jährlich 14 Tage Urlaub, werden bei der Unterstützungsvereinigung versichert, wozu der Verband die Hälfte der Beiträge leistet.

Die Glaser tagten in Leipzig. Weil am ersten Feiertage in Sachsen alle Versammlungen verboten sind, mussten die Delegierten an dem Tage jenseits der sächsischen Grenze ihre Sitzungen abhalten.

Der Anschluss an den Holzarbeiterverband wurde abgelehnt, die Arbeitslosenunterstützung vom 1. April 1904 ab je nach der Dauer der Mitgliedschaft auf wöchentlich 6 bis 10 Mk. auf die Dauer von 4—8 Wochen und der Höchstsatz der Reiseunterstützung von 30 auf 35 Mk. normiert. Arbeitslosenunterstützung wurde bisher nur an verheiratete Mitglieder gezahlt. Darauf wurde die Einteilung des Verbandes in 14 Agitationsbezirke beschlossen und schliesslich per Resolution die Zweckmässigkeit korporativer Arbeitsverträge betont. Alle Anträge auf Statutenänderung wurden dem Vorstande behufs Aufstellung eines Entwurfes für die nächste Generalversammlung überwiesen.

Eine Resolution verpflichtet den Vorstand, korporative Arbeitsverträge mit den Arbeitern und Arbeitgebern anzustreben.

Die Schmiede hielten ihre Generalversammlung in Halle ab. Die Hauptdebatte drehte sich um die Frage der Einführung von Unterstützung und dabei um eine vom Vorstand ausgearbeitete Vorlage behufs Einführung einer Krankenunterstützung. Einige Delegierte erblickten in dem Ausbau des Unterstützungswesens einen Zug nach rechts und behaupten, Politik gehöre in die Gewerkschaften hinein. Der Staat sei verpflichtet für die Kranken zu sorgen und wenn er seine Schuldigkeit nicht thue, so müsse dagegen protestiert werden. Die Vorlage für die Krankenunterstützung gehöre in den Orkus. Hiergegen wird von den Anhängern der Einführung der Krankenunterstützung eingewendet, dass die Gegner des Unterstützungswesens bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung ähnliche Ausführungen gemacht hätten. Alte Organisationen wären aber durch das Unterstützungswesen nachweislich stabil und kräftig geworden. Das Ergebnis der Debatte war, das 32 Stimmen gegen nur 15 für die Krankenunterstützung abgegeben wurden, eine Ur-

abstimmung soll noch endgültig darüber entscheiden. Die Beiträge werden von 25 auf 30 Pf. erhöht. Die besoldeten Beamten des Verbandes sind verpflichtet, sich der Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeitsbewegung Angestellten anzuschliessen und der Verband zahlt die Hälfte der Beiträge. Der Sitz des Verbandes bleibt in Hamburg.

Die Vergolder tagten in München. einen breiten Raum in den Verhandlungen nimmt die Debatte über den Berliner Generalstreik der Vergolder ein, wobei sich ein Redner gegen die Meinung der Berliner Leitung wendet, die bei gelegener Zeit abermals einen Generalstreik nicht von der Hand weisen will. — Die Bemühungen, weibliche Mitglieder zu gewinnen, waren ziemlich erfolglos. Die Arbeitslosenunterstützung gelangt zur Einführung, die Krankenunterstützung wird mit Rücksicht darauf aus finanziellen Gründen abgelehnt. Die Arbeitslosenunterstützung soll auf die Dauer von sechs Wochen im Jahre im Höchstfall betragen: nach 52 Wochen Mitgliedschaft pro Woche 7,50 Mk., nach 104 Wochen Mitgliedschaft pro Woche 9 Mk., nach 156 Wochen Mitgliedschaft pro Woche 10,50 Mk.

An der Reiseunterstützung wurden einige Abänderungen getroffen. Der Beitrag wird für männliche Mitglieder auf 40 Pf. und für weibliche auf 30 Pf. wöchentlich festgesetzt. Es wird ein besoldeter Beamter angestellt, als welcher Späthe-Berlin gewählt wird; sein Gehalt beträgt 1800 Mk. Bezüglich des Beitrittes des Verbandsbeamten zur Unterstützungsvereinigung der Gewerkschaftsangehörigen wurde es für selbstverständlich erklärt, dass die Organisation die Hälfte der Versicherungsbeiträge trägt.

## Korrespondenzen.

Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin. Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Lichtdrucker, Photographen, Präparateure und Retoucheure fand am 14. Mai statt. Tagesordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen? Kollege Sillier führte aus, dass es jetzt an der Zeit ist, über die auf den Kongress aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehend zu sprechen. Wenn im Lichtdruckfach noch keine wirtschaftlichen Rückschlüsse zu verzeichnen sind, so liegt es daran, weil sich der Lichtdruck immer neue Gebiete erobert hat, es fragt sich aber, ob es immer so bleiben wird. Trotzdem hat es sich gezeigt, dass von Auswärts kommende Kollegen, oft recht billig arbeiteten. Hier soll nun die Organisation eingreifen. Wir können sagen, dass 60% aller im Lichtdruckfach beschäftigten, organisiert sind. Nehmen wir nun an, dass von 61 Zentralverbänden nur 8 die gleiche Zahl erreichen, so muss man sagen, die Lichtdrucker sind gut organisiert. Trotzdem sehen wir viele Lichtdruckereien, mit langer Arbeitszeit, und ebenso als Lehrlingsfabrik. Alle Ungleichheiten, Lehrlingszuchterei und Schmutzkonzurrenz sollen abgeschafft werden. Ausschuss und Vorstand hat zu diesem Vorgehen seine Zustimmung gegeben. Redner geht nun die einzelnen Punkte der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch, und in anbeacht der ganzen Situation empfiehlt es sich, dass die Berliner Kollegen einmütig vorgehen, da auch die Kollegen der verschiedenen anderen Städte (nach Uebereinkunft der Konferenz) vorgehen. Lang anhaltender Beifall lohnte dem Redner. In der Diskussion sprachen sich die Kollegen samt und sonders für ein sofortiges Vorgehen aus. Die Resolution:

»Die Zentral-Kommission soll sofort die Zirkulare an sämtliche Prinzipale schicken«, wurde einstimmig angenommen.

— Versammlungsbericht vom Dienstag, den 19. Mai. Auf der Tagesordnung stand: Berichterstattung der eingegangenen Antworten. In dieser Versammlung waren noch nicht alle Antworten eingegangen, teils durch Saumseligkeit der Kollegen, indem sie nicht ihre Chefs nach der Antwort frugen. Mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen erklärten sich folgende Firmen einverstanden: 1. Graphische Gesellschaft. 2. Gebr. Deyhle & Wagner. 3. Stange & Wagner. 4. A. Frisch. 5. Greve. 6. Högelein & Schwabe. 7. Schahl. Firma Neumann & Co. will vom 1. Oktober die Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen. Eine Antwort steht noch aus von Stengel & Co. Von diesen beiden Firmen wird die Zustimmung als sicher erwartet. Neumann hat nun vom 1. Juli ab bewilligt. Von den Firmen Dienstbach, Wassmuth, Hardorf, Mangold stehen die Antworten noch aus. In der Diskussion wurden die Punkte 1, 2, 5 und 8, als die uns hauptsächlich naheliegenden anerkannt, während die Punkte 3, 4, 6 und 9 im allgemeinen bestehen. Im Punkt Prämiensystem ist die Kollegenschaft verschiedener Ansicht und nähert sich mehr dahin, dass wenn die Prämien abgeschafft werden, dann eine Lohnentschädigung dafür aufgestellt werden muss. Es wurde nun folgender Antrag angenommen: »Die Versammlung beschliesst, die Paragraphen 1, 2, 5 und 8, in den mit ihren Berichten noch ausstehenden Geschäften sofort zur Durchführung zu bringen. Ebenso bei der Firma Neumann. Nachrichten waren noch eingegangen aus: Breslau, alles bewilligt. Hannover, alles anerkannt, und gehen die Ansichten auseinander betr. der Pausen inkl. und exkl. Von Darmstadt, Firma Lutz & Balzer, noch in Unterhandlung. Zedler & Vogel, alles abgelehnt. Wies-

baden, Firma Isenbeck, alles abgelehnt. Im ganzen genommen, war die Versammlung mit dem Anfang zufrieden. Dienstag, 26. Mai weitere öffentliche Versammlung.

**Hamburg.** Am 9. Mai beschäftigte sich unsere Zahlstelle mit der Beratung des Tarifs. Wir hatten nach dem Erscheinen des Tarifs eine Kommission gebildet, die denselben für die hiesigen Verhältnisse ausarbeiten sollte. Als nun die Berichterstattung der Kommission erfolgte, kam in derselben Woche in der No. 19 der „Gr. Pr.“, wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Erklärung eines Mitgliedes des Hauptvorstandes, auf dem Goutage Brandenburg, dass ein neuer Tarif ausgearbeitet wird. Die Versammlung verzichtet nun grund dessen auf eine Weiterberatung des Tarifs. Da es zwecklos wäre, die Beratung fortzusetzen, bevor man nicht wisse, wie der neue Tarif aussehe. Allgemeine Missbilligung wurde in der Versammlung laut, dass der Vorstand schon wieder einen neuen Tarif ausarbeitet. Man war der Meinung, dass es praktischer, besser und vernünftiger wäre, wenn man erst die Berichte der Zahlstellen, über die Beratungen des Tarifs und die hieraus sich ergebenden Diskussionen abgewartet hätte, um dann auf Grund dieses Materials einen neuen Tarif auszuarbeiten. Von einer Resolution in diesem Sinne wurde in der Versammlung Abstand genommen.

**Karlsruhe.** Bezugnehmend auf die Warnung in der „Graph. Presse“, folgendes zur Kenntnis. In Firma L. Geissendörfer, G. m. b. H. herrschten schon lange Zustände, welche an den Pranger gestellt zu werden verdienen. In den letzten Wochen passierte folgender Trick. Es wurde ein Nachtrag zur Fabrikordnung abgefasst, folgendermassen: „Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird jede Woche ein Betrag, bei ersteren von 50 Pf., bei letzteren von 30 Pf. vom Lohn einbehalten, bis der Betrag bei Arbeitern von 12 Mk. bei Arbeiterinnen von 7 Mk. zurückbehalten ist. Der einbehaltene Betrag verfällt der Firma; sobald ein Arbeiter oder eine Arbeiterin unrechtmässiger Weise das Geschäft verlässt. Geschieht der Austritt ordnungsgemäss so erhält der Arbeiter oder die Arbeiterin das einbehaltene Geld beim Austritt ausbezahlt. Dieser Nachtrag wurde fix und fertig gedruckt und ohne den Arbeitern vorgelegt zu werden, wie es die Gewerbeordnung vorschreibt, zur Unterschrift vorgelegt. Natürlich wurde sie von den organisierten Kollegen verweigert. Nach ein paar Stunden ging das Sammeln der Unterschriften fertig los, zugleich mit dem Bemerkten, entweder unterschreiben oder Kündigung einzureichen. Die Unterschrift wurde wieder verweigert und die Folge, 4 organisierten Kollegen wurde gekündigt und zwei organisierte erklärten sich trotz gegebener Unterschrift solidarisch. Zu bemerken ist, dass die Arbeitsordnung nicht für alle Angestellten erlassen ist. Zwei alte Leute, welche schon ewig im Geschäft sind, haben 3 monatliche Kündigung und laufen nicht weg, wie der Chef Herr Collrep erklärt, brauchen also keine Fabrikordnung. Die Kommission, welche vorstellig wurde, wurde rundweg abgewiesen, es war durchaus kein vernünftiges und sachliches Wort zu hören, die Kommission war froh, mit heiler Haut davongekommen zu sein. Es wird wohl niemand glauben, dass ein Maschinenmeister, Auchkolle Reicher, es fertig bringt, drei Maschinen zu bedienen, zwei 6er und eine 7er, dass unter diesen Verhältnissen seitens der Kundschaft Reklamationen erfolgen, ist klar. Es wurden dann immer die Umdecker als Schuldige angeschwärzt, und zwar fortgesetzt durch den dreifach leistungsfähigen Auchkolle Reicher (Anmerkung der Redaktion: Das ist eine Perle). In der Lithographie sitzen bei zwei Gehilfen 5 Lehrlinge, alle kontraktlich verpflichtet mit Konventionalstrafe. Die Kollegen sehen also, was hier für Verhältnisse herrschen und dass diese der Verbesserung bedürfen; es wird vor Zuzug gewarnt und machen wir die stellesuchenden Kollegen darauf aufmerksam, das wir, anderen Zahlstellen folgend, ohne vorherige Anfrage die Reise-Unterstützung entziehen müssen. Auf Grund der schroffen Abweisung der Kommission wurde folgender Beschluss gefasst. „Die am 23. Mai stattgefunden Versammlung der Zahlstelle Karlsruhe erkennt die erfolgte Kündigung der organisierten Kollegen der Firma L. Geissendörfer G. m. b. H., als Massregelung an und beschliesst, über genannte Firma die Sperre zu verhängen.“

**Karlsruhe.** Herr Geissendörfer, Karlsruhe schreibt uns: Auf Grund des Pressgesetzes ersuchen wir um Aufnahme folgender Berichtigung: Es entspricht nicht der Wahrheit, dass den fünf in unserem Betriebe beschäftigten Gehilfen unsererseits gekündigt wurde, sondern es geschah nur bei vier derselben, da der fünfte den Zusatz zur Arbeitsordnung unterschrieben hatte; nachträglich hat dieser fünfte sich mit seinen Kollegen solidarisch erklärend, uns gekündigt. Betreffs des angezogenen, beanstandeten Nachsatzes zur Fabrikordnung, bemerkten wir, dass den betreffenden Herren ausdrücklich erklärt wurde, dass derselbe auf die zur Zeit arbeitenden männlichen Leuten keine Anwendung finden würde und die Unterschrift nur verlangt, um der gesetzlichen Vorschrift zu genügen. Von dem Inhalt des Nachsatzes wurde den Leuten bereits vor 3½ Monaten Mitteilung gemacht, ohne dass jemand Einspruch dagegen erhoben hätte.

**Leipzig.** Montag, den 18. Mai tagte im „Pantheon“ eine Versammlung der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Buch- und Steindruckgewerbe mit der Tages-

ordnung: 1. Vortrag: Wie können wir in Leipzig bessere Lohnverhältnisse schaffen? Referentin Frau Paula Thiede-Berlin. 2. Diskussion hierzu. 3. Die Taktik der Steinschleifer. 4. Sommervergügen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird dem Antrag zugestimmt, den Punkt 3 gleich mit im Referat zu erledigen. Die Referentin sprach sich sehr sachlich über die Entwicklung der Organisation der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus. Hauptsächlich stellte sie Berlin als Vorbild hin und was da geschaffen sei, müsse in Leipzig auch möglich sein. 1898 wurde der jetzt bestehende Verein gegründet und sind in Berlin 600 organisierte Arbeiterinnen. Deshalb müsse in Leipzig energischer für den Verein gearbeitet werden. Nun sei erfreulich zu konstatieren, dass die Leipziger Arbeiterinnen auch endlich einsehen lernten, dass nur durch eine straffe Organisation bessere Lebensstellungen zu erringen seien. Betreffs der Steinschleifer ist die Referentin der Meinung, dieselben gehörten zur Hilfsarbeiterinnen-Organisation und nicht zu dem Verband der Lithogr. und Steindr., da dieselben 1898 ausgeschlossen worden seien mit der Motivierung (was aber nicht der Fall ist), sie seien nur Ballast gewesen, deshalb müssten sie zu der betr. Organisation; es sind auch in Leipzig schon 31 organisiert, während nur 15 bei dem Verband der Lith. und Steindr. organisiert sind, und wenn der letztere Verein die Schleifer für sich reklamieren, so sei der Verband der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gefährdet!? Diesen Ausführungen der Referentin trat Kollege Arnold entgegen und machte die Mitteilung, dass gerade in Berlin die Steinschleifer sich dem Verband der Lithographen und Steindrucker anschliessen und das mit Recht, denn dieselben gehören zu denselben und nicht zu den Hilfsarbeitern, im übrigen aber will er die Entscheidung den gesamten Schleifern Leipzigs überlassen und sollen dieselben, ob organisiert oder nicht, in einer in kürzester Zeit einzuberufenden Versammlung endgültig entscheiden. Arnold brachte folgende Resolution ein:

„Die heute anwesenden Schleifer sind der Meinung, dass die taktische Frage, welcher Organisation sich dieselben anzuschliessen haben, nur in einer Schleiferversammlung geregelt werden kann und beauftragt den Vertrauensmann der Hilfsarbeiter mit dem Vertrauensmann der Lith. und Steindrucker sich behufs Herbeiführung dieser Versammlung in Verbindung zu setzen.“

Diese Resolution wurde angenommen. Kollege Hartmann wunderte sich, dass in der zweitgrössten Druckstadt Deutschlands nicht mehr im Hilfsarbeiterverband als Mitglieder sind. Schulze forderte die Steinschleifer auf, sich dem Hilfsarbeiterverband anzuschliessen, da der Verband der Lithographen und Steindrucker nichts bieten könne (eine eigentümliche Auffassung!). Kollege Obier bemerkte, der Hilfsarbeiterverband habe es nur den Steindruckern zu verdanken, dass die 30 Steinschleifer im Hilfsarbeiterverband vertreten seien, ebenso werde von den Steindruckern auf die Arbeiterinnen in diesem Sinne hingewirkt, und solle man doch nicht etwa zu dem in Leipzig bestehenden Sonderverband der Lithographen noch einen solchen der Steinschleifer schaffen; ein Zusammenarbeiten soll stattfinden, kein Zersplittern. Verschiedene Redner sprachen noch für und gegen diese Ausführungen. Punkt 4 wurde erledigt, indem ein Sommervergügen abgelehnt werden soll. Hierauf Schluss der Versammlung.

**Nürnberg.** In der am Freitag, den 15. Mai abgehaltenen Versammlung der hiesigen Mitgliedschaft des Senefelder-Bundes, erstattete der Kassierer den Bericht für das erste Quartal 1903. Nach diesem betragen die Einnahmen in der Unterstützungskasse Mk. 2168,50 während die Ausgaben die Höhe von 3021,04 erreichten, wonach eine Mindereinnahme von Mk. 822,99 sich ergibt. In der Invalidenkasse wurden eingenommen Mk. 909,30 und verausgabt Mk. 782,23 hier also eine Mehreinnahme von Mk. 127,07. Es ist wohl selbstverständlich, dass sich an diesen Bericht eine lebhaft Erörterung anschloss, und dass es auch nicht an Stimmen fehlte, welche sofort Abänderungsanträge für die Statuten an den Hauptvorstand zu richten gesinnt waren. Jedoch konnten diese, dem Einwände gegenüber, dass ein momentaner ungünstiger Abschluss, noch nicht geeignet ist, den Bund zu erschüttern, und insbesondere dem Hinweise, dass zur Zeit noch keine genügende Grundlage gegeben, auf welcher eine durchgreifende Reform des Bundes erfolgen könnte, da ja der neueste vorliegende Abrechnungsbericht erst die Zeit des I. Quartals 1902 umfasse, ihre Ansicht nicht aufrecht erhalten. In einmütiger Weise, wurde es aber bedauert, dass die Senefelder Generalversammlung seinerzeit eine Beitragserhöhung nicht beschlossen, denn schon heute müsste jedes Mitglied einsehen, dass ohne eine solche der Bund unmöglich weiter existieren könnte. Aber auch nicht hierdurch allein könne die Lebensfähigkeit des Bundes gesichert werden, sondern man müsse vielmehr daran gehen, die Leistungen der Mitglieder und die des Bundes mit einander in Einklang zu bringen. Hierzu dürfte es sich empfehlen, die Unterstützungssätze, nach den Jahren der Beitragsleistungen, verschieden zu normieren. Da nun aber hierfür noch die genügende rechnerische Material gerade erst das laufende Geschäftsjahr bieten werde, so hielt es die Versammlung für angezeigt, zur Zeit von einer weiteren Erörterung dieser Frage abzusehen. Um

um aber recht bald in der Lage zu sein, sich über den Bund, beziehungsweise dessen Lebensfähigkeit, ein Urteil zu bilden, sprachen die Versammelten einmütig den Wunsch aus, es möge der Hauptvorstand, die noch ausstehenden Quartalsabrechnungen in möglichster Bälde zu Veröffentlichung bringen, damit den Mitgliedern, das Material zur Verfügung stehe, wonach für die nächstjährige Generalversammlung, die entsprechenden Anträge ausgearbeitet werden könnten. Im weiteren wurde aber noch hervorgehoben und auch von der Versammlung als sehr wünschenswert anerkannt, dass es geboten erscheine, der Hauptvorstand möge, wenn irgend möglich die nächstjährige Generalversammlung, schon im ersten Halbjahr 1904 einberufen, damit die für den Bund vorzunehmende Reform sobald wie möglich nicht nur vorgenommen, sondern auch eingeleitet könne.

**Stettin.** Am 16. Mai fand die gut besuchte Monatsversammlung hiesiger Zahlstelle statt. Nach Erledigung der ersten Punkte der Tages-Ordnung brachte der Vorsitzende, veranlasst durch unliebsame Vorgänge am Ort, nachstehende Resolution zur Verlesung, welche einstimmig angenommen wurde:

„In Erwägung, dass das Umschulhalten seitens der Kollegen manchen übelwollenden Chef bzw. Geschäftsleiter veranlassen kann, minder befähigte Kollegen auf die Strasse zu setzen, kann die heutige Versammlung des Vereins der Lithographen, Steindrucker und Berufsgenossen, Zahlstelle Stettin, dasselbe nicht mit den Interessen des Vereins in Einklang bringen. Sie ist im Gegenteil der Meinung, dass das Umschulhalten eine schwere Schädigung des Ansehens der Organisation herbeiführen kann; deshalb erklärt die Versammlung sich auf das Entschiedenste dagegen und beschliesst, dass weder hiesige noch fremde Kollegen Umschau halten dürfen. Sollten dennoch Kollegen hiergegen verstanden, so soll gegen dieselben § 18 Abs. a des Status in Anwendung gebracht werden. Gleichzeitig verpflichtet die Versammlung jeden Kollegen, falls er kündigt oder ihm gekündigt wird, hiervon dem Vorsitzenden oder Kassierer umgehend Mitteilung zu machen, da nur dann der Arbeitsnachweis funktionieren kann.“

Nachdem noch beschlossen wurde, gemeinschaftlich mit der Mitgliedschaft des Senefelder-Bundes ein Sommervergügen abzuhalten, erfolgte Schluss der Versammlung.

**Wien.** Die Chemigraphen werden auf das Nachdrücklichste vor dem Reproduktions-Photographen Louis Frühwirth gewarnt, da derselbe sich mannigfacher unkollegialer Handlungen schuldig machte. Abgesehen davon, dass er ein gerichtlich bestraffter Betrüger ist, sucht er in jeder Anstalt andre für sein Nichtkönnen verantwortlich zu machen; auch ist er bestrebt, jedem Chef, bei dem er Kondition nimmt, billige Leute zu verschaffen, die seinem Einfluss unterstehen und deren Widerspruch er nicht zu fürchten hat. Auch wird er verschiedener Denunziationen bezichtigt. Aus diesen Gründen glaubten wir, dass eine Verwarnung am Platze sei.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Aktiengesellschaft Krupp und amerikanischer Stahltrust.** Börsenrückschläge bei anhaltend günstiger Produktionsentwicklung. — Industrieförderung im deutschen Osten, der Stettiner Vulkan an der Nordsee. — Vom Syndikatswesen.

Am 22. April hat in Berlin auch die endgültige Konstituierung der „Aktiengesellschaft Friedrich Krupp“ stattgefunden, und zwar mit einem Aktienkapital von 160 Millionen Mark. Es sollen jedoch gegenwärtig gar keine Aktienanteile ausgegeben werden, sodass es sich nur um eine Neuordnung der Geschäftsführung und um eine Familiengründung im strengsten Sinne handelt. Da man die in die Aktiengesellschaft eingeworfenen Fabriken in Essen, dass Grusonwerk, die Germaniaerwerf u. s. f. mit 159996000 Mk. bewertete, so sind nur — um gewisse gesetzliche Formalitäten erfüllen zu können — 4000 Mk. bar einzuzahlen, obwohl der Wert der Anlagen sich noch beträchtlich höher stellt, so rückt das Unternehmen dennoch, unter Vorangang allein der Deutschen Bank, hinsichtlich der Höhe des Kapitals an die Spitze der deutschen Aktiengesellschaften.

Mit amerikanischen Riesen trusts vermag es allerdings keinen Vergleich auszuhalten. Der Stahltrust hat nach seiner kürzlich veröffentlichten ersten Jahresbilanz ein Anlagekapital von 1390 Millionen Dollars oder 5800 Millionen Mark, wovon 1081 Millionen Dollars auf Stamm- und Prioritätsaktien und 372 Millionen Dollars auf Obligations- und Hypothekenschulden entfallen. Demgegenüber sind die Unternehmungen des Trusts, welche aus Fabrikanlagen, Kohlen- und Kokswerken, Eisenerzlagern, Eisenbahnen und Dampfschiffen bestehen, mit 1331 Millionen Dollars eingestellt. Die Durchschnittszahl der Angestellten belief sich 1902 auf 168600 Personen. Herr Morgan an der Spitze ist also noch ein König ganz anderer Art wie der verstorbene Kanonenkrupp.

Wenn auch die Börse immer wieder zeitweilige Rückschläge erfährt, besonders in den Montanwerken, so wird man doch von einem Fortbestand der günstigeren Produktionsströmungen reden können.

Börsenrückschläge sind oft weiter nichts als die Folge überhitzter Zukunftserwartungen, die bereits

